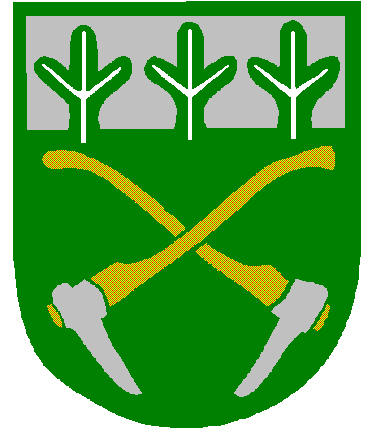
**5222 Munderfing, Dorfplatz 1**

**Bez.Braunau am Inn**

**E-Mail:** [**gemeinde@munderfing.ooe.gv.at**](mailto:gemeinde@munderfing.ooe.gv.at)

**Tel.07744/6255, Fax.6255-5**

811/3-2019 (angepasst lt.GR-Sitzung vom 10.12.2018, VPI 2005 – Okt.-Okt.)

***Kundmachung***

Der Gemeinderat der Gemeinde Munderfing hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 die Kanalgebührenordnung mit Wirkung vom 01.Jänner 2008 wie folgt geändert:

***Kanalgebührenordnung***

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBL.Nr. 28/1958 i.d.F. LGBl. 55/1968 und 57/1973 und des § 15 Abs.3 Z.4 Finanzausgleichsgesetz 2005, BGBl. I Nr. 156/2004 wird verordnet:

***§ 1***

***Anschlussgebühr***

Für den Anschluss von Grundstücken an das gemeindeeigene öffentliche Kanalnetz wird eine Kanalanschlussgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke, bei Vorliegen eines Baurechts der Bauberechtigte, der wie ein Eigentümer behandelt wird.

***§ 2***

***Ausmaß der Anschlussgebühr***

(1a) Die Kanalanschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke

bis 200 m² € 20,66 Euro

über 200 m² € 14,59 Euro

der Berechnungsgrundlage nach Abs. 2, mindestens aber **€ 3.694,90.**

1b) Wird für ein unbebautes Grundstück ein Anschluss hergestellt, so ist dafür die Mindestanschlussgebühr zu entrichten.

1c) Bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sind nur jene bebauten Flächen in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, die für Wohnzwecke bestimmt sind (Wohntrakt).  
Werden landwirtschaftliche Betriebe trotz Vorliegen einer rechtskräftigen Ausnahmegenehmigung von der Kanalanschlusspflicht freiwillig an den Kanal angeschlossen, so ist die Mindestanschlussgebühr gemäß § 2 Abs. 1a zu entrichten.  
Zusätzlich werden für den Anteil nachstehender gewerblicher Betriebsstätten folgende Aufschläge berechnet:

1d) Gastgewerbe für allgemeine Betriebsflächen 30 %  
 für Saalflächen 15 %

1e) Fleischhauereibetriebe 30 %

1f) In allen Fällen, in denen für ein Grundstück mehr als eine Einmündungsstelle geschaffen wird, ist für jede weitere Einmündungsstelle in das gemeindeeigene öffentliche Kanalnetz ein Zuschlag im Ausmaß von 30 v.H. der sich ergebenden Kanalanschlussgebühr zu entrichten.

2) Die Bemessungsgrundlage bildet bei eingeschossiger Bebauung die Quadratmeteranzahl der bebauten Grundfläche, bei mehrgeschossiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschoße jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz aufweisen. Garagen und Nebengebäude werden nicht gezählt.

Dachräume und Kellergeschoße werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- oder Betriebszwecke benützbar ausgebaut sind. Mansarden, Wintergärten, Abstellräume udgl. werden in die Berechnung miteinbezogen. (Heiz- und Öllagerräume udgl. werden nicht einbezogen).

Die Berechnung erfolgt von Außenkante zu Außenkante des betreffenden Objektes. Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeteranzahl der einzelnen Geschoße abzurunden.

3) Bei nachträglicher Änderung von Gebäuden angeschlossener Grundstücke ist eine ergänzende Kanalanschlussgebühr zu entrichten, die im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird: Bei Änderung eines angeschlossenen Gebäudes durch Auf-, Zu-, Ein-, Umbau oder Neubau nach Abbruch ist die Kanalanschlussgebühr in dem Umfang zu entrichten, als gegenüber dem bisherigem Zustand eine Vergrößerung der Berechnungs-bzw. Bemessungsgrundlage gemäß Abs. 1 bis 3 gegeben ist. Eine Rückzahlung bereits entrichteter Kanalanschlussgebühren auf Grund der Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.

**§ 3**

**Vorauszahlung auf die Kanalanschlussgebühr**

1) Die zum Anschluss an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz verpflichteten Grundstückseigentümer und Anrainer haben auf die von ihnen nach dieser Kanalgebührenordnung zu entrichtenden Kanalanschlussgebühren Vorauszahlungen zu leisten.

Die Vorauszahlung beträgt ***50 v.H.*** jenes Betrages, der von dem betreffenden Grundstückseigentümer unter Zugrundelegung der Verhältnisse im Zeitpunkt der Vorschreibung der Vorauszahlung als Kanalanschlussgebühr zu entrichten wäre.

2) die Vorauszahlungen sind nach Baubeginn des gegenständlichen gemeindeeigenen, öffentlichen Kanalnetzes bescheidmäßig vorzuschreiben. Die Vorauszahlung ist innerhalb eines Monates nach Zustellung dieses Bescheides fällig.

3) Ergibt sich bei der Vorschreibung der Kanalanschlussgebühr, daß die von dem betreffenden Grundstückseigentümer oder Anrainer bereits geleistete Vorauszahlung die vorzuschreibende Kanalanschlussgebühr übersteigt, so hat die Gemeinde den Unterschiedsbetrag von Amts wegen zurückzuzahlen.

4) Ändern sich nach Leistung der Vorauszahlungen die Verhältnisse derart, daß die Pflicht zur Entrichtung einer Kanalanschlussgebühr voraussichtlich überhaupt nicht entstehen wird, so hat die Gemeinde die Vorauszahlung innerhalb von vier Wochen ab Fertigstellung des gemeindeeigenen Kanalnetzes, verzinst mit 4 v.H. pro Jahr ab Leistung der Vorauszahlung, von Amts wegen zurückzuzahlen.

**§ 4**

**Kanalbenützungsgebühren**

(1a) Die Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke haben eine jährliche Kanalbenützungsgebühr zu entrichten. Diese beträgt für angeschlossene bebaute Grundstücke pro Kubikmeter Frischwasserverbrauch Euro 4,21 mindestens aber € 147,35 (entspricht 35 m³ Frischwasser).

(1b) Für die Bereitstellung des Kanalnetzes wird für erschlossene, aber unbebaute Grundstücke eine jährliche Kanalbereitstellungsgebühr erhoben. Diese beträgt € 147,35 pro Grundstück (entspricht 35 m³ Frischwasser).

2) Lässt sich der Wasserverbrauch mangels eines Wasserzählers nicht feststellen, so ist eine Kanalbenützungspauschale zu entrichten. Diese berechnet sich nach einem Wasserverbrauch von 50 m³ pro gemeldeter Person (auch alle als Zweitwohnsitz gemeldete Personen werden angerechnet). Bei Personen, die nicht ganzjährig in der Gemeinde gemeldet sind, ist die Gebühr zu aliquotieren.

3) Als Wasserverbrauch gilt die am Wasserzähler gemessene Wassermenge abzüglich der am eventuell vorhandenen Subzähler (§ 6a Abs.3 der Wasserleitungsordnung) gemessenen Wassermenge.

4) Bei der Verrechnung der Kanalbenützungsgebühr für Betriebe, deren Abwässer hinsichtlich der Menge bzw. Zusammensetzung wesentlich von häuslichen Abwässern abweicht, erfolgt die Berechnung der Kanalbenützungsgebühr nach gesonderten Ermittlungen.

Für betriebliche Abwässer, für deren Einleitung in die öffentliche Kanalisation eine gesonderte wasserrechtliche Bewilligung erforderlich ist, ist die BSB5-Konzentration bzw. CSB-Konzentration laut wr.Bewilligungsbescheid zu ermitteln.

Liegt diese Konzentration über 300 mg BSB 5/l bzw. 500 mg CSB/l, wird für die Konzentration bis 300 mg BSB 5/l bzw. 500 mg CSB/l gemäß § 4 Abs.1) der dort genannte Betrag je m3 eingehoben. Für die über 300 mg BSB 5/l bzw. 500 mg CSB/l hinausgehende Konzentration wird eine zusätzliche Kanalbenützungsgebühr je m3 verrechnet.

Diese beträgt:

BSB 5 Konzentration lt.wr.Bewilligungsbescheid - 300 mg BSB 5/l

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

300 mg BSB 5/l

bzw.

CSB-Konzentration lt.wr.Bewilligungsbescheid - 500 mg CSB/l

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

500 mg CSB/l

jeweils multipliziert mit dem Kubikmeter-Betrag laut § 4 Abs.1) x 1.0.

Der höhere sich aus vorstehender Ermittlung ergebende Betrag wird zusätzlich eingehoben.

5) Private Vereinbarungen werden durch die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung nicht ausgeschlossen.

***§ 5***

***Entstehen des Abgabenanspruches***

1) Die Kanalanschlussgebühr wird mit dem Anschluss eines Grundstückes an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz fällig. Geleistete Vorauszahlungen sind jenem Wert anzurechnen, der sich aus der Berücksichtigung der in den Quadratmetersatz eingeflossenen Preissteigerungskomponente gegenüber dem zumZeitpunkt der Vorschreibung der Vorauszahlung kalkulierten Quadratmetersatz ergibt.

2) Die Verpflichtung zur Entrichtung einer ergänzenden Kanalanschlussgebühr nach § 2 Abs. dieser Kanalgebührenordnung entsteht mit der Fertigstellung des Rohbaues. Diese ist vom Grundstückseigentümer bzw. Bauberechtigten binnen zwei Wochen nach Vollendung der Bauarbeiten beim Gemeindeamt anzuzeigen.

3) Bei Bebauung eines Grundstückes ist die geleistete Mindestanschlussgebühr jenem Wert anzurechnen, der sich aus der Berücksichtigung der in den Quadratmetersatz eingeflossenen Preissteigerungskomponente gegenüber dem zum Zeitpunkt der Vorschreibung der Mindestanschlussgebühr kalkulierten Quadratmetersatz ergibt.

4) Die Kanalbenützungsgebühr und die Bereitstellungsgebühr sind vierteljährlich eines jeden Jahres im nachhinein zu entrichten.

***§ 6***

***Umsatzsteuer***

In den Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer bereits enthalten.

***§ 7***

***Inkrafttreten***

Die Rechtswirksamkeit dieser Kanalgebührenordnung beginnt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag. Gleichzeitig tritt die Kanalgebührenordnung vom 6.Okt. 1986, 23.März 1987, 19.Nov. 1990, 5.Juni 1992, 14.Dez. 1993 und 13.Juni 1995 17. Dezember 1996, 2. März 1998, 31. August 1998, 22. Juni 1999, 25. März 2003, 14. Dezember 2004, 11. Dezember 2006 und 19. März 2007 außer Kraft.

Der Bürgermeister:



Martin Voggenberger

Angeschlagen am: 11.Dezember 2007

Abgenommen am: 28.Dezember 2007